

Sendung Radio Regenbogen 18. August 2011, 7 Uhr

Nachrichtensprecherin RR:

„Forschungsministerin Theresia Bauer lehnt eine Zivilklausel für das Karlsruher Institut für Technologie ab. Einige Studenten fordern eine derartige Klausel. Sie besagt, dass das KIT nur für friedliche Zwecke forschen darf und nicht für das Militär. Theresia Bauer sagte Radio Regenbogen:“

Theresia Bauer:

„Ich finde es wichtig, dass sich Wissenschaftler und auch eine Einrichtung wie das KIT Gedanken macht darüber, wo sie forschen, was sie erforschen. Wir haben ein großes Interesse daran, für Transparenz, für Klarheit zu sorgen, was mit öffentlichem Geld geforscht wird, dazu muss man auch stehen können. Aber wir werden nicht als Gesetzgeber die Vorgaben machen, was das richtige Forschungsprogramm ist und was nicht.“

Sendung SWR4

18. August, 6.30 Uhr, 8.30 Uhr, 9.30 Uhr

Handelt von nächster Exzellenz-Initiative KIT, für die Theresia Bauer Unterstützung zusagte.

KIT-Personalrat ist sauer auf die neue Ministerin

Die Besetzung des Aufsichtsrats sorgt weiter für Zündstoff

Von unserem Redaktionsmitglied Rainer Haendle

Karlsruhe. Die neue Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne) hat sich bei ihrem Antrittsbesuch am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) gleich richtig in die Nesseln gesetzt. Der KIT-Personalratsvorsitzende Wolfgang Eppler reagierte gestern auf BNN-Anfrage mit Empörung auf die Aussage der neuen Ministerin, dass im künftigen KIT-Aufsichtsrat kein Platz für Arbeitnehmervertreter sei. „Der Personalrat verhandelt seit Monaten mit dem Ministerium über das neue KIT-Gesetz und erfährt aus der Presse, dass die Verhandlungen im wesentlichen Punkt gescheitert sind“, erklärte Eppler mit Blick auf den gestrigen BNN-Bericht. Der oberste Vertreter der rund 8 500 Mitarbeiter sprach von einem „Armutszeugnis der neuen Regierung“.

Eppler warf die Frage auf, ob dies der versprochene partizipative Umgangsstil der grün-roten Regierung sei. Beim ersten KIT-Gesetz vor zwei Jahren sei es zu einem einvernehmlichen Ergebnis zwischen Beschäftigtenvertretern und Ministerium gekommen, „indem beiderseitig die Argumente ernst genommen wurden und konstruktiv nach Kompromissen gesucht wurde“. Im aktuellen Autonomieprozess der Großforschungs- und Lehreinrichtung, bei dem sich der Staat aus der Steuerung zurückziehe, beharrten Ministerium und KIT-Präsidium auf einer Aufsichtsratsbesetzung ohne Arbeitnehmervertreter. Der Personalratschef verwies an diesem Punkt auf Unternehmen bei denen der Aufsichtsrat als Kontrollgremium teilweise sogar paritätisch mit Arbeitnehmervertretern besetzt sei. Um strategische Entscheidungen über die Zukunft des KIT und seiner Beschäftigten nicht im Wesentlichen Industrievertretern zu überlassen, würden sich sowohl der Personalrat als auch die Studenten für eine Beteiligung im Aufsichtsrat stark machen. „Wir haben eine ganze Reihe weiterer guter Argumente vorgetragen, warum die durch den Rückzug des Staates verursachte Aufsichtslücke durch KIT-Arbeitnehmer ausgefüllt werden muss“, so Eppler.

Badische Neueste Nachrichten 18. August 2011 SÜDWESTECHO

„Bei Elite-Uni geht kein Weg an Karlsruhe vorbei“

Antrittsbesuch von Wissenschaftsministerin Bauer

Von unserem Redaktionsmitglied Rainer Haendle
Karlsruhe. So sieht Selbstbewusstsein aus: Als KIT-Präsident Horst Hippler gestern beim Antrittsbesuch von Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne) gefragt wird, ob das Karlsruher Institut für Technik (KIT) im kommenden Jahr bei der Exzellenzinitiative II seinen Titel als führende Kaderschmiede in Deutschland verteidigen kann, antwortet er: „An Karlsruhe führt kein Weg vorbei“. Sein Gast aus der Politik hatte bereits zuvor viel Lob für die Fusion von Elite-Uni und Forschungszentrum („eine unglaubliche Dynamik“) geäußert und finanzielle Unterstützung bei der Anschlussfinanzierung von Projekten aus der ersten Runde signalisiert.

Wie berichtet, geht das KIT mit drei Fortsetzungsanträgen (Nanostrukturen, School of Optics & Photonics, Zukunftskonzept) sowie drei Neuanträgen in die Endrunde des Elite-Wettbewerbs, für den die öffentliche Hand zwischen 2012 und 2017 bundesweit 2,7 Milliarden Euro ausschüttet. Bei den Neuanträgen handelt es sich um die Themenfelder Software, Informatik-Ingenieurwesen sowie Elementar- und Astroteilchenphysik. Noch keine Berücksichtigung bei der Exzellenzinitiative II fand das jüngste KIT-Kind: das „House of Partizipation“. Innerhalb dieses Projekts sollen neue Wege der Entscheidungsfindung und der demokratischen Teilhabe im KIT und in der Gesellschaft erforscht werden. Für die grün-rote Landesregierung, die nach ihrer Wahl einen Aufbruch in die Bürgergesellschaft versprochen hat, ist dieses Vorhaben natürlich „bezaubernd“, wie Bauer sagt. Einig sind sich Hippler und Bauer, dass es im KIT-Aufsichtsrat als Kontrollgremium keine Mitbestimmungsstrukturen geben soll. Sie sei zuversichtlich, diese Position auch dem KIT-Personalrat vermitteln zu können, so die Ministerin.



ANTRITTSBESUCH IN KARLSRUHE:
Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne) als
Gast bei KIT-Präsident Horst Hippler. Foto: Breig

Presse-Information



Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
Bezirk Mittelbaden-Nordschwarzwald
Thorsten Dossow, Tel.: 0170/85 95 652

Karlsruhe, den 19. August 2011

Ministerin beim Karlsruher Institut für Technologie

Von Partizipation bezaubert – von Mitbestimmung nicht?

Wissenschaftsministerin Bauer hat bei den Beschäftigten des Karlsruher Instituts für Technologie für Ärger gesorgt. Diese mussten aus der Presse erfahren, dass die Ministerin das KIT besucht hat und dass sie sich mit KIT Präsident Hippler einig ist: Arbeitnehmermitbestimmung im KIT-Aufsichtsrat soll es nicht geben.

„Kein gutes Zeichen für die anstehende Verselbständigung des KIT, wenn Beschäftigte und ihre Interessen beim Antrittsbesuch der Ministerin keine Rolle spielen“ bemerkte die ver.di Landesfachbereichsleiterin Al-Karghuli in der gestrigen Versammlung der ver.di-Mitglieder.

Arbeitnehmermitbestimmung ist eine zentrale Forderung zum KIT, die der ver.di-Landesfachbereichsvorstand in seiner Stellungnahme zum Koalitionsvertrag der Ministerin übermittelt hat, verbunden mit einem Wunsch nach einem Gespräch. Ohne Gespräch hat die Ministerin nun Fakten geschaffen. „Beteiligung sieht anders aus“, so der zuständige Gewerkschaftssekretär Thorsten Dossow.

Pressekontakte: Waltraud Al-Karghuli, Landesfachbereichsleiterin, 0160 / 74 22 697
Thorsten Dossow, Gewerkschaftssekretär, 0170 / 85 95 652

V.i.s.d.P.: ver.di Bezirk Mittelbaden-Nordschwarzwald, Rüppurrer Str. 1a, 76137 Karlsruhe
Thorsten Dossow, Tel.: 0721 / 38 46 – 500, Fax.: 0721 / 38 46 - 336